

Die bayerische Frage.

In München triffen's. Das bayerische Finanzministerium ist verwalft, und der Ministerpräsident von Knilling muß sich Ersatz für Herrn Dr. Krausneck suchen oder — ihn wiedernehmen. Letzteres soll in den Bereich der Wahrscheinlichkeit gehören, da die Minister für Justiz und Landwirtschaft mit Krausnecks Rücktritt nicht einverstanden sind, aber in Bayern nimmt man diese Kritik nicht tragisch, und wer etwa auf den Zerfall des Kabinetts Knilling spekulieren sollte, wird enttäuscht werden. Der Sturz des Ministerpräsidenten wäre nach bayerischer Anschauung gleichbedeutend mit einer Waffenstreckung vor der Reichsregierung, und daran denken nur die Sozialdemokraten.

Da sich den beiden Bayern im Kabinett Marx ein dritter, Herr Emminger, der Justizminister, zugesellt hat, dürfte die' er Umstand dazu angetan sein, den Konflikt zwischen Reich und Bayern zu schlichten. Das würde auch der Rechtsrichtung der Reichsregierung entsprechen, die schwerlich von dem Standpunkt Stresemanns und Gesslers abweichen wird. Beide haben die Nebeneinanderexistenz der Ausnahmezustände im Reich und Bayern für erträglich erklärt, und es bleibt nur noch übrig, im Falle Boffow einen Ausgleich zu finden. Bei einigem guten Willen, woran wird nicht zweifeln wollen, wird die Frage zu beiderseitiger Zufriedenheit sich lösen lassen, und General von Boffow wird als bayerischer Landeskommandant auf seinem Posten verbleiben. Man wird sich in Berlin der Einsicht nicht entziehen, daß Herr von Knilling seine Drohung aussprechen wollte, als er von der Abfertigung des Generals „eine äußerste Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung“ befürchtete, sondern diese Gefährdung als eine bestimmte zu erwartende Tatsache in seine Rechnung einstellte. Behandelt aber der Reichsminister Marx, wie es General von Seeck getan, den Fall lediglich als Personalfrage, dann wäre es unverständlich, um einer Person willen einen Dauerzustand der Verärgerung zu schaffen und mit ihr einen Riß in die Reichseinheit.

Auch die Durchführung der Strafprozesse wegen des Hitlerputsches durch bayerische Gerichte sollte kein Streitgegenstand werden. Bisher hat sich der neue Justizminister nicht dazu geäußert, aber er wird seine Landesleute genügend kennen, um zu wissen, wie sie Maßnahmen, die gegen die bayerische Justizhoheit verstoßen, aufnehmen würden. Herr Marx hat in seiner Einführungsrede die Absicht betont, mit Bayern freundschaftlich zu verhandeln, und es würde in den Rahmen der Freundschaft schlecht passen, wenn er ein Verfahren vor dem Staatsgerichtshof zuliebe, was ein Mißtrauen gegen die bayerische Rechtspflege wäre. Der Reichsminister darf sich um so eher zu der bayerischen Auffassung der Rechtslage bekennen, als auch mit dem Ruffiner Putz und seiner Aburteilung ein preussisches Gericht und nicht der Gerichtshof in Leipzig besetzt worden ist.

Aber das Hauptgewicht der Knillingschen Ausführungen im Landtag lag auf staatsrechtlichem Gebiet, und wie man auch in anderen deutschen Ländern über die bayerische Politik dem Reich gegenüber denken mag, man billigt sie vielfach — nicht überall —, sobald die Weimarer Verfassung auf Herz und Nieren geprüft wird im Punkte ihres Antifederalismus. In Weimar wurde die Art an den Stamm des Föderalismus gelegt, dem das Deutschland Bismarcks nicht nur seine Einheit, sondern dessen Festigung und Erhaltung verdankte. Reibungslos vollzog sich das Zusammenarbeiten der Bundesstaaten, selbst die verschiedenen Reservatrechte bildeten kein Hindernis. Was ist in Weimar geschehen? Man hat den Ländern nur den Schein der Selbstständigkeit gelassen, hat mit rauher Hand in die Selbstverwaltung, in das Finanz- und Eisenbahnwesen eingegriffen und vordem reiche Staaten zu Kostgängern eines selbst verarmten Reiches gemacht. Nichts ist begreiflicher, als daß die Geschädigten auf Abhilfe sinnen, nachdem innerhalb eines Jahrzehnts sich die Unertüchlichkeit der Lage herausgestellt hat und gefährliche Abwärtsbestrebungen zulage getreter sind. Nicht in Bayern; seine Reichstreue steht bei aller Ehrlichkeit außer Zweifel. Was vor einiger Zeit in der Berliner Ministerpräsidentenkonferenz über diese Frage verhandelt wurde, hat jetzt Herr von Knilling mit der Forderung freischweg herausgesagt, daß an den verfassungsmäßigen Reichsausbau auf bundesstaatlicher Grundlage herangetreten werden muß. Diese Grundlage, die unter Revolutionstrümen verschüttelt liegt, wieder ans Licht zu fördern, wird die Aufgabe des neu zu wählenden Reichstages sein.

Rabinettsbeschluß zur Rheinlandfrage.

Amlich wird mitgeteilt: Im Reichskabinett wurden am Mittwoch die Beratungen über die Rheinlandfrage fortgesetzt. In Uebereinstimmung mit der Stellungnahme der preussischen Staatsregierung beschloß auch die Reichsregierung, daß die Lösung der Rheinlandfrage nur im Rahmen der Reichs- und Landesverfassungen erfolgen kann.

In einer gemeinsamen Sitzung des Reichskabinetts mit dem preussischen Kabinett wurde bei der Aussprache über Mittel zur Milderung der immer schwieriger sich gestaltenden wirtschaftlichen Lage, insbesondere auch im besetzten Gebiet, der Beschluß gefaßt, Erwerbslosenunterstützungen künftig in solchen Fällen nicht mehr zu zahlen, in denen von nachweislich vorhandenen Erwerbsmöglichkeiten kein Gebrauch gemacht wird.

Bracht Chef der Reichsanzeiger.

Amlich wird mitgeteilt: Der Staatssekretär in der Reichsanzeiger, Kempkes, und der Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung, Ministerialdirektor Ralle, die aus Anlaß der Neubildung der Reichsregierung ihre Ämter zur Verfügung gestellt haben, sind in der

einwilligen Amtstand veretzt worden. An ihrer Stelle hat der Reichspräsident den Ministerialdirektor im preussischen Ministerium für Volkswohlfahrt, Bracht, zum Staatssekretär in der Reichsanzeiger und den Verlagsdirektor Regierungsrat a. D. Dr. Spieder (wie schon angekündigt. Die Red.) zum Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung und zum Ministerialdirektor ernannt.

Ermächtigungstrife.

Von unserm parlamentarischen Mitarbeiter.
Berlin, 6. Dezember.

Ueber den Zeitpunkt und den Ausgang der Schlußabstimmung über das Ermächtigungsgesetz herrschte heute mittag im Reichstag wieder die größte Unsicherheit und Infolge dessen eine erhebliche Nervosität. Im Vorkomitee, der eigentlich um 12 Uhr zusammentreten sollte, verlautete, daß die Deutschnationalen bei der Schlußabstimmung den Saal verlassen wollten. Das wäre, wenn die Sozialdemokraten grüßten sich, wie man auf Grund ihres Fraktionsbeschlusses annehmen muß, an der Abstimmung beteiligten, nicht von entscheidendem Einfluß gewesen. Da aber nun heute mittag im Reichstage bekannt wurde, daß bei den Sozialdemokraten ein Stimmungswandel in der Richtung eingetreten sei, daß jetzt nicht mehr die Minderheit, sondern die Mehrheit dieser Fraktion von der Abstimmung fernbleiben wollte, so würde allerdings durch ein gleichzeitiges Fernbleiben der Deutschnationalen die notwendige Zweidrittelpräsenz der Abgeordneten in Frage gestellt sein!

Man rechnet bereits heraus, daß über dreißig Mitglieder an dieser Zweidrittelpräsenz fehlen würden, so daß die Abstimmung hinfällig werden müßte. Unter diesen Umständen hat der Reichsminister auf Grund einer vorangegangenen Parteiführerbesprechung um Verschiebung der Sitzung, damit inzwischen noch Vermittlungsversuche eingeleitet werden könnten. Ueber ihren Erfolg jedoch besteht ungewisser Klarheit, als bis jetzt weder von den Sozialdemokraten noch von den Deutschnationalen eine endgültige Stellungnahme über ihr Verhalten vorliegt. Jedenfalls ist die Situation wieder vollkommen verworren, und man muß mit einer ähnlichen Situation rechnen, wie feinerzeit bei der ersten Abstimmung über das erste Ermächtigungsgesetz, dessen Ablehnung nur durch einen Verlagsantrag des damaligen Zentrumsführers Marx vermieden wurde.

In den Mittagsstunden tagten fast sämtliche Fraktionen im Reichstage. Ebenso war das Kabinett im Reichstage zu einer Sitzung zusammen, und die Parteiführer nahmen wiederholt untereinander und mit der Regierung Rücksprache. Man sprach angesichts dieser Situation auch von der Möglichkeit, daß man heute überhaupt noch nicht zu einer Schlußabstimmung über das Ermächtigungsgesetz kommen würde. Bei den sachlichen Differenzen, die heute mittag im Reichstage aufgetreten waren, handelte es sich um folgendes: Die Regierung wünscht den Reichstag bis Ende Januar zu vertagen, um weder dem Plenum, noch den Ausschüssen (außer dem Ueberwachungsausschuß) Gelegenheit zu Einsprüchen gegen die Regierungsverordnungen zu geben. Den Sozialdemokraten war mitgeteilt worden, daß, falls die sozialdemokratische Fraktion, die kraft ihrer Anzahl in der Lage wäre, von sich aus die Einberufung des Reichstages zu verlangen, sich mit dieser Vertagung nicht einverstanden erklären würde, dann die Auflösung des Reichstages erfolgen müßte. Zwischen der Sozialdemokratie und der Regierung ist inzwischen eine Einigung dahin erfolgt, daß die Fraktion auf die Einberufung des Reichstages verzichtet, es sei denn, daß ganz außergewöhnlich wichtige Fälle vorliegen. Dies ist von der Regierung genehmigt, und damit ist in dieser Frage wenigstens die Einigkeit hergestellt.

Amerikanische Nahrungsmittelfredite für Deutschland.

Ein deutscher Schritt bei der Reparationskommission.

Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph teilt mit: General Logan, der amerikanische Beobachter in der Reparationskommission, ist im Begriff, seine allierten Kollegen in der Frage der Nahrungsmittelfredite zu sondieren, die die Vereinigten Staaten im Laufe des gegenwärtigen Winters Deutschland zu gewähren bereit sind. Der ursprüngliche Betrag der Kredite war mit 30 bis 35 Millionen Dollar in Aussicht genommen, aber es ist dem Vernehmen nach, wohl möglich, daß diese Kredite bis zu annähernd dem doppelten Betrage gesteigert werden könnten.

Andererseits werden die Vereinigten Staaten bezüglich der von Deutschland zu stellenden angemessenen Sicherheiten in Gestalt von Nahrungsmitteln, die auf Dollar zu lauten hätten, darauf bestehen, daß diese Bots ein unbedingtes Vorzugsrecht vor allen auswärtigen Verpflichtungen genießen sollen, die dem Reich jetzt auf Grund des Versailler Vertrages auferlegt sind. Mit dieser Frage ist die Reparationskommission befaßt worden, während gleichzeitig die Unterstützung des amerikanischen Vorschlags durch Großbritannien erwogen wird.

In Pariser diplomatischen Kreisen verlautet mit Bestimmtheit, daß die deutsche Regierung durch ihren Pariser Vertreter heute der Reparationskommission eine Note überreichen lassen wird, in der sie um die Genehmigung zur

Aufnahme einer Goldanleihe in Amerika

bittet. Diese Anleihe soll ein Prioritätsrecht vor den Reparationen genießen und ihr Ertrag zum Ankauf von Lebensmitteln dienen. Der französische Vertreter in der Reparationskommission dürfte, nach gewissen Informationen zu schließen, das Erlauchen der Reichsregierung mit äußerstem Nachdruck bekämpfen.

In Washington verlautet nach einer Neutermeldung, daß die deutschen Vorschläge, die Reparationskommission möge ihre Genehmigung zur Aufnahme einer Anleihe seitens Deutschlands zur Bezahlung von Lebensmittelaufkäufen erteilen, der Unterstützung der Vereinigten Staaten fähig sind, die sowohl geben wird, daß dem amerikanischen Beobachter in der Kommission, Logan, die Ermächtigung erteilt wird, zu erklären, daß die Regierung der

Vereinigten Staaten einwillige, daß einer solchen Anleihe Priorität erteilt werde. Die Zustimmung der Vereinigten Staaten zu den deutschen Vorschlägen ist notwendig, da die Vereinigten Staaten Prioritätsrechte im Zusammenhang mit der Zurückzahlung der militärischen Bezahlungskosten haben. Es wird erwartet, daß die Deutschen die Reparationskommission um die Genehmigung zur Auflegung einer Anleihe von etwa 70 Millionen Dollar erlauchen werden, wovon die Hälfte amerikanischen Kapitalisten angeboten werden soll. Die Ansicht Washingtons ist, daß die Lage in Deutschland eine dringende Aktion zur Verhinderung einer großen Hungersnot erfordert.

Blutige Krawalle in Wanne.

Die Gemeinde Wanne bei Gelsenkirchen war am Mittwoch der Schauplatz blutiger Zusammenstöße. Die dortigen Erwerbslosen hatten das Rathaus belagert, um die Zahlung einer höheren Unterstützung zu erzwingen. Gegen 12 Uhr mittags erschienen weitere Verstärkungen, worauf ein Sturm auf das Rathaus einsetzte. Die Polizeibeamten wurden mit Steinen beworfen, und vielfach fielen aus der Menge Schüsse. Infolgedessen mußten die Beamten von der Schusswaffe Gebrauch machen. Sieben Demonstranten wurden getötet und eine noch nicht festgestellte größere Anzahl verletzt. Die Polizei hatte drei Schwerverletzte. Gegen 1 Uhr wurde der Platz gesäubert.

Militärische Stützpunkte im Ruhrgebiet.

Aus dem Ruhrgebiet wird berichtet, daß die Franzosen neuerdings dazu übergehen, in systematischer Weise ein Netz von militärischen Stützpunkten auszubauen, wobei sie die Grenze über die Ruhr hinaus bis an die Lippe vorzurücken scheinen. Die Stadt Recklinghausen soll eine Kavalleriekaserne für 25 Millionen Goldmark bauen, außerdem Unterkunft für ein Infanterieregiment und für 87 Familien gewähren. Dochum soll ein Artillerieregiment in Dortmund ein Infanterieregiment in Gornlos bekommen. Da diese Städte nicht in der Lage sind, die erforderlichen Gebäude zu errichten, so müssen Schulen als Kasernen dienen, wodurch der Schulbetrieb in der empfindlichsten Weise gestört wird.

Abnahme der Reichsindexziffer.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für Montag, den 3. Dezember, auf das 151,5 Milliardenfache der Vorkriegszeit. Gegenüber der Vorwoche (1535 Milliarden) ist demnach eine Abnahme von 1,3 v. H. zu verzeichnen. — Für den Durchschnitt des Monats November berechnet sich die Reichsindexziffer auf das 657 Milliardenfache gegenüber dem 3657 Milliardenfachen im Durchschnitt des Monats Oktober; dies entspricht einer Steigerung von 17,866 v. H. Die Lebenshaltungskosten ohne Bekleidung sind im Durchschnitt November auf das 633 Milliardenfache, die Ernährungskosten allein auf das 862 Milliardenfache der Vorkriegszeit gestiegen.

Der Eberbacher Ueberfall vor Gericht.

Vor der Strafkammer in Mosbach begann am Donnerstag das gerichtliche Nachspiel zu dem zweiten Ueberfall auf den Deutschamerikaner Bergdoll, der schon einmal am Abend des 10. August in seinem Zimmer in der „Arone-Post“ in Eberbach überfallen und niedergeschlagen worden war. Als Anführer des zweiten Ueberfalls wurde des ebenfalls in der „Arone-Post“ abgestiegene amerikanische Oberleutnant Griffith festgestellt, der von seinem amerikanischen Chauffeur Nelson und dem angehenden russischen Fürsten Gregor Sagarin begleitet war. Nach dem mißglückten Ueberfall konnten die Täter verhaftet werden. Kurz vor dem Ueberfall soll Bergdoll von seiner aus den Vereinigten Staaten in Eberbach eingetroffenen Mutter und von der amerikanischen Regierung nahegelegt worden sein, nach den Vereinigten Staaten zurückzukehren und sich dort freiwillig zu stellen. Die gegen ihn erkannte Gefängnisstrafe würde ihm zum größten Teil erlassen werden. Man vermutet nun, daß die amerikanische Organisation ehemaliger Frontsoldaten dies verhindern wollte, um durch Gewalt die Entführung und Auslieferung Bergdolls seiner fünfjährigen Gefängnisstrafe zuzuführen. Die Verhandlung vor der Mosbacher Strafkammer dürfte zwei bis drei Tage in Anspruch nehmen.

Inland und Ausland.

Eisenbahnerdemonstration vor dem Reichstag. Vor dem Reichstagsgebäude hatten sich Donnerstag mittag einige hundert Eisenbahner, Mitglieder verschiedener Gewerkschaften, eingefunden, um gegen die Beamtenabbaueinrichtung zu demonstrieren, die infolge des deutschnationalen Antrages, betreffend Revision dieser Verordnung, auf der Tagesordnung stand. Die Beamten wünschten der Reichstagsung teilzunehmen, aber angesichts des beschränkten Raumes der Tribünen konnten nur einige wenige von ihnen Einlass erhalten.

Im Vertretersauschuß des Reichstages berichtete der Reichspostminister Dr. Hoefle über den Fortgang der von seinem Vorgänger eingeleiteten Arbeiten zur Vereinfachung und Verbilligung des Betriebes und der Verwaltung.

Keine Weiterberatung des Reichsstaatsgesetzes. Der Reichsausschuß für Bildungswesen hat sich auf dem Standpunkt gestellt, daß bei der augenblicklichen Lage eine Weiterberatung

Des Reich...
Holla...
Des Vor...
Deut...
einem be...
jugend...
halten. ...
zug...
Berlin...
Der...
norweg...
preis...
wird gem...
Jahr...
Selbst...
glichen...
schüler...
Wohnung...
anatomis...
der Hesse...
war auf...
Außerden...
Borten...
wolle...
sälebene...
als Gan...
Amerika...
lehrer...
fühlte...
Zimmer...
gelassen...
später...
sollte...
heraus...
zu haben...
zu haben...
Borwürf...
trieb...
Int...
glaublich...
Heide...
der Stra...
unter...
hatte...
der auch...
er im...
tungs...
seiner...
set. Da...
sich...
sicht...
Anlage...
Behaupt...
namens...
auftrag...
Winkel...
dann...
Termin...
Badman...
alle...
Wirt...
Bo...
Gast...
sich...
verb...
Wirt...
getroffen...
gesch...
oder...
Innen...
Die...
gemacht...
haltung...
näher...
Das...
daß...
vor...
mal...
ein...
und...
Auf...
die...
Sie...
De...
von...
zuhalten...
er...
and...
Wirt...
Wirt...
Date...
paar...
holen...
Anspan...
Bälle...
Die...
mäßig...
An...
brieff...
Kas...
geb...
Wirt...
Da...
aus...